

Dr. Ulrich Nußbaum zur laufenden politischen Diskussion:

Bundesfernstraßengesellschaft braucht Handlungsfähigkeit

Berlin, 16. Mai 2017 – „Der aktuelle Entwurf zur Etablierung einer Bundesfernstraßengesellschaft ist auf den ersten Blick positiv. Allerdings sind noch einige Passagen darin enthalten, die die zukünftige Institution in ihrem Handeln und damit in ihrer Wirksamkeit und Effizienz stark behindern“, urteilt **Dr. Ulrich Nußbaum**, DVF-Präsidiumsvorsitzender, über den Entwurf, der am Freitag dem Bundestag zur Abstimmung vorliegt.

Nußbaum rief deshalb vor der entscheidenden Abstimmung zur Bundesfernstraßengesellschaft die Abgeordneten auf, keine halbherzigen Strukturen zu verabschieden. „Wenn die Weichen jetzt falsch gestellt werden, kommen mit der Gesellschaft am Ende statt der gewünschten Effizienzvorteile mehr Koordinierungsaufwand und schlechtere Verkehrswege heraus.“

Im Entwurf mangle es laut Nußbaum insbesondere an der Kreditfähigkeit der Gesellschaft und es werde die Netzgröße für öffentlich-private Partnerschaften beschränkt. Auch der zunächst vom Haushaltsausschuss befürwortete fünfjährige Finanzierungsplan ist nicht ausgegoren, denn hier fehle es an der dringenden Mehrjährigkeit der Finanzmittel. Damit sei eine durchgängige Planung und Realisierung der langjährigen Straßeninfrastrukturvorhaben sehr schwierig. „Besonders kontraproduktiv ist allerdings auch, dass nun der Haushaltsausschuss über die Verkehrsprojekte entscheiden möchte – das ist Aufgabe des Verkehrsausschusses, der hierzu die Fachkompetenz hat.“